

Taiwan vor den Präsidentschaftswahlen

Ein labiler Status quo

Kay Möller

Der taiwanesischer Präsident Chen Shuibian beabsichtigt, die Verfassung der Inselrepublik bis 2006 neu zu schreiben. In diesem Zusammenhang bezog er sich schon mehrmals auf ältere Pläne für die Ermöglichung von Volksbefragungen, die seinerzeit in der Volksrepublik China und in Washington als Schritte auf dem Weg zu einer formalisierten Unabhängigkeit Taiwans kritisiert worden waren. Die konservative Opposition unterstellt, daß Chen mit seinem Vorstoß einen Fahrplan für die endgültige Abkehr vom sogenannten »Ein-China-Prinzip« vorgelegt hat. Die Initiative ist zuvörderst ein taktisches Manöver im Rahmen des bereits angelaufenen Präsidentschaftswahlkampfes. Sie reflektiert aber gleichzeitig einen neuen Nationalismus, der das Verhältnis zu Peking in den kommenden Jahren weiter belasten wird.

Am 28. September 2003 verlangte Taiwans Präsident Chen Shuibian in einer Rede zum 17. Jahrestag der regierenden Democratic Progressive Party (DPP) die Verabschiedung einer neuen Verfassung für die Inselrepublik im Jahr 2006. Drei Tage später erläuterte Chen, es gehe um eine »Vertiefung der Demokratie« und ein »effizienteres Verfassungssystem«. Anfang Oktober brachte die DPP zum zweiten Mal einen Gesetzentwurf für Volksabstimmungen im Parlament ein – die Verfassung sieht eine solche Möglichkeit seit 1997 vor. Die Statuten dieser Partei verlangen ausdrücklich eine Formalisierung der De facto-Unabhängigkeit Taiwans von China.

Die Initiative ist Teil der Kampagne für die Präsidentschaftswahlen am 20. März 2004. In Umfragen führt bisher der Kandi-

dat eines oppositionellen Bündnisses, das Chen unterstellt, mit seinen Ankündigungen den Zeitplan für eine Unabhängigkeitserklärung Taiwans vorzugeben. Während die Regierung in Peking zurückhaltend reagierte, warnte der Vertreter der USA in Taipei die dortige Administration indirekt vor einer Provokation der Volksrepublik.

Ein Lagerwahlkampf

In Taiwan gab es erst zweimal (1996 und 2000) demokratische Präsidentschaftswahlen, und bis zu Chen Shuibians Wahl im März 2000 wurde das politische Leben der Republik China auf Taiwan von der nationalistischen Kuomintang (KMT) dominiert. Chen hatte seinerzeit mit knapper Mehrheit gesiegt, weil die Oppositionskandida-

ten (der frühere Vizepräsident Lien Chan für die KMT und der frühere Provinzgouverneur James Soong für die konservative People First Party [PFP]) auch untereinander konkurriert hatten und eine Stichwahl nicht vorgesehen ist. Im Februar 2003 schlossen nun Lien und Soong ein Wahlbündnis, während die DPP auf Unterstützung durch die – ebenfalls für Unabhängigkeit eintretende – Taiwan Solidarity Union (TSU) zählen kann, deren Gründung 2001 Chens Amtsvorgänger Lee Teng-hui (1988–2000) eingeleitet hatte (er wurde daraufhin aus der KMT ausgeschlossen).

Der Wahlkampf wird von wirtschafts- und sozialpolitischen Themen geprägt, sowie traditionell vom Chinaproblem. Eine Verbindung zwischen beiden Komplexen ergibt sich aus dem Umstand, daß die Opposition Chen vorwirft, eine Optimierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Volksrepublik zu verhindern und dadurch Taiwans wirtschaftliche Stagnation zu perpetuieren. Zwar ist das Brutto-Inlandsprodukt 2002 um 3,5 Prozent gewachsen, auch im laufenden Jahr dürfte das Wachstum über 3 Prozent betragen, aber angesichts der weltweiten Konjunkturschwäche und ungelöster Probleme im heimischen Bankensektor ist die Anziehungskraft des boomenden Festlands um so größer. China ist mittlerweile Taiwans wichtigster Partner für Handel und Investitionen und hat die Einrichtung direkter Handels-, Verkehrs- und Postverbindungen vorgeschlagen (der bilaterale Austausch wird derzeit weitgehend über Hongkong abgewickelt). Taipei hat diese Frage bisher zurückhaltend behandelt, weil die Volksrepublik Taiwan als chinesische Provinz betrachtet und zwischenstaatliche Verhandlungen auf Basis der Gleichberechtigung ablehnt.

Der Chinafaktor und die Verfassungsdebatte

Chen Shuibians Verfassungsinitiative steht symbolisch für einen Drahtseilakt zwischen der eigenen, vornehmlich im Süden der Insel angesiedelten Anhängerschaft, die

Fortschritte auf dem Weg zur formalisierten Unabhängigkeit wünscht, und einem wachsenden Mittelstand, der aus wirtschafts- und sicherheitspolitischen Erwägungen eine Art friedliche Koexistenz mit der Volksrepublik anstrebt. Chen hatte nach seinem Wahlsieg 2000 unter anderem eine Unabhängigkeitserklärung, eine Veränderung der offiziellen Bezeichnung Republik China und einen Rückgriff auf die »Zweistaatenformel« seines Vorgängers ausgeschlossen, sich jedoch die Abhaltung eines diesbezüglichen Referendums für den Fall eines chinesischen Angriffs auf Taiwan vorbehalten. Er spricht allerdings seit einigen Monaten in Anknüpfung an Lee Teng-hui von »je einem Land auf den beiden Seiten der Taiwan-Straße«. Bereits 2002 hatte er die Frage einer Volksabstimmung zum Thema gemacht – und wurde deshalb von der Bush-Administration kritisiert, die Irritationen mit Peking vor dem Hintergrund ihrer Antiterror-Operationen und einer neuen Krise um das nordkoreanische Atomprogramm vermeiden wollte.

Während die Verfassung der Republik China die Möglichkeit zur Abhaltung von Referenden seit 1997 grundsätzlich vorsieht und das Kabinett sogenannte »konsultative Volksabstimmungen« 2003 autorisiert hat, mangelt es weiter an der für die Durchführung erforderlichen Gesetzgebung. Die DPP will mit ihrem Entwurf zeitgleich mit den Präsidentschaftswahlen oder kurz davor nicht nur eine Abstimmung über die Fertigstellung eines vierten Atomkraftwerks ermöglichen. Darüber hinaus soll auch die laufende Kampagne für einen Beitritt zur Weltgesundheitsorganisation als Beobachter durch ein Plebiszit unterstützt werden. Ein erster Gesetzentwurf war im Juli knapp gescheitert. Die Opposition lehnt Referenden nicht grundsätzlich ab, möchte aber sowohl eine Volksbefragung zur Unabhängigkeit als auch die Kombination des Referendums und anderer Fragen mit den Präsidentschaftswahlen verhindern.

Chen Shuibian hat sich zu den Details der angestrebten Verfassungsnovelle bisher nicht geäußert. Das Grundgesetz von 1947

wurde bisher sechsmal geändert, um den seither entstandenen Realitäten Rechnung zu tragen, aber die Effizienz-Defizite bleiben erheblich. So erscheint eine Reform des derzeitigen semipräsidentiellen Systems dringend geboten, weil es das Parlament in die Lage versetzt, Regierungsentscheidungen zu blockieren (die DPP verfügt in der Legislative nur über eine einfache Mehrheit der Sitze und ist im Juli mit Vorschlägen zur Finanzreform und zu den Wirtschaftsbeziehungen mit dem Festland gescheitert). Die Opposition vermutet allerdings, daß Chen die Gelegenheit nutzen könnte, aus der Republik China eine Republik Taiwan zu machen. Amtliche Reisedokumente tragen seit September 2003 den englischsprachigen Aufdruck »issued in Taiwan«, und im selben Monat demonstrierten etwa 100 000 Personen für einen neuen Staatsnamen (die Opposition organisierte eine sehr viel kleinere Gegendemonstration). Der Präsident hat inzwischen wiederholt, daß er ein Unabhängigkeitsreferendum nur für den Fall einer chinesischen Aggression anstrebt.

Die Volksrepublik China behält sich die Anwendung von Gewalt für den Fall einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans grundsätzlich vor, spielt dieses Element aber seit geraumer Zeit in ihren Verlautbarungen herunter, um die öffentliche Meinung in Taiwan nicht im Vorfeld von Wahlen gegen sich aufzubringen. So warnte zwar die Kommunistische Partei Taipeis zuletzt im August vor einem »Spiel mit dem Feuer«, aber Premierminister Wen Jiabao reagierte auf Chen Shuibians neuesten Vorstoß vergleichsweise moderat und betonte die Präferenz für eine friedliche Vereinigung. Wenig später kündigte Peking allerdings für den 10. Oktober 2003, den Nationalfeiertag der Republik China, erstmals seit Chens Wahl massive Militärmanöver in der Nähe der Taiwan-Straße an. Der Abstand zu den taiwanesischen Präsidentschaftswahlen ist immer noch groß genug, um eine Rückkehr zu der 1995 und 1996 gescheiterten Politik des Säbelrasselns vorerst auszuschließen. Die Führung der Volksrepublik

glaubt angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Interdependenzen, die Zeit auf der eigenen Seite zu haben. Dabei wird möglicherweise übersehen, daß es gerade dieser Eindruck ist, der Taipei zu einem verstärkten Ausloten der eigenen Grenzen motiviert.

Das Restrisiko

Der diesjährige Bericht des Pentagons an den Kongreß über die »Militärische Macht der Volksrepublik China« erwähnt ein »beträchtlich erweitertes Arsenal zunehmend präziser und tödlicher ballistischer Raketen und Langstrecken-Flugzeuge, die zum sofortigen Einsatz bereitstehen, sollte die Volksbefreiungsarmee noch vor Abschluß ihres Modernisierungsprogramms einen Einsatzbefehl erhalten«. Hinter dieser Aufrüstung stehe in erster Linie die Absicht, eine amerikanische Intervention in einem Konflikt in der Taiwan-Straße zu erschweren. Die Bush-Administration hat diesbezügliche Sorgen seit ihrem Amtsantritt geäußert und die Militärbeziehungen zu Taiwan seither auf beispiellose Weise ausgebaut. Taipei fällt es zunehmend schwer, die geplanten Rüstungsimporte zu finanzieren, und Experten verweisen mittlerweile auf das Risiko einer schleichenden Umkehrung der Kräfteverhältnisse in der Taiwan-Straße zu Pekings Gunsten.

Die amerikanisch-chinesischen Beziehungen haben sich seit dem 11. September 2001 spürbar verbessert, und angesichts neuer Spannungen auf der Koreanischen Halbinsel haben die USA kein Interesse daran, in der Taiwan-Straße einen Nebenkriegsschauplatz zu eröffnen. Taiwan verfügt allerdings in Washington über starke Lobbies und spielt traditionell eine Rolle im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf. Hatte sich die Bush-Administration nach Chen Shuibians erstmaligen Einlassungen zur Referendumsfrage 2002 noch öffentlich distanziert, so beließ sie es diesmal bei einem Bekenntnis zum Status quo und einer Erinnerung an Chens Zusagen vom Jahr 2000. Gleichzeitig bekräftigte der

amerikanische Vertreter in Taipei Washingtons Sicherheitsgarantie für die Inselrepublik und versprach, diese nicht den Interessen in Nordkorea oder anderswo zu opfern.

Chen Shuibian ist es somit einmal mehr gelungen, Washington und Peking mit Hilfe einer gezielten Provokation in Zugzwang zu bringen. Zu den jüngeren Beispielen zählen ein Überraschungsbesuch seiner Stellvertreterin Annette Lu in Indonesien 2002 und die Rückkehr zu Lee Teng-huis »Zweistaatenformel« 2003. Beide Vorstöße waren allerdings ihrerseits Reaktionen auf Pekings Bemühungen, Taiwans internationalen Spielraum zu reduzieren. So überredete China 2002 den südpazifischen Inselstaat Nauru dazu, seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abzubrechen und die Volksrepublik anzuerkennen. Im Mai 2003 vereitelte Peking zum siebten Mal den Versuch Taipeis, der Weltgesundheitsorganisation als Beobachter beizutreten. Dieses Manöver fand auf dem Höhepunkt der regionalen Sars-Epidemie statt und entfremdete die taiwanesischen Bürger dem Nachbarn zusätzlich.

Taipei hat es seither verstanden, sich bei seiner Politik der Nadelstiche Entwicklungen im Umfeld zunutze zu machen. So äußerten Chen und andere führende DPP-Mitglieder im Juli 2003 Sympathien für Massendemonstrationen gegen die Verabschiedung neuer Sicherheitsgesetze in Hongkong. Aus chinesischer Sicht soll die ehemalige britische Kolonie zum Modellfall für eine spätere Vereinigung mit Taiwan werden, und der unerwartete Protest der Hongkonger Bürger, der sich schnell mit Demokratisierungsforderungen verband, hat dem Unabhängigkeitslager auf der Insel neuen Auftrieb gegeben.

Trotzdem bleibt Taipei in der Chinafrage grundsätzlich in der Defensive, zu groß ist mittlerweile die internationale Bedeutung der Volksrepublik. Die Mehrheit der taiwanesischen Wähler bekennt sich angesichts der mit einer Unabhängigkeitserklärung verbundenen Risiken zum Status quo, und der vage Charakter der jüngsten Initiative

Chen Shuibians reflektiert den Wunsch, es sich mit dieser Mehrheit nicht zu verderben. Gleichzeitig hat sich Taiwans eigenständige Identität seit der Demokratisierung Ende der 80er Jahre konsolidiert, und es gibt in weiten Bevölkerungskreisen mittlerweile einen taiwanesischen Nationalismus, den der Präsident schon mangels wirtschaftlicher Erfolge nicht ignorieren kann. Sein Wahlkampf ist somit gleichzeitig Ausdruck internationaler und regionaler Politik, der Defizite des eigenen politischen Systems und der unvermeidlichen Widersprüche jedweder Politik gegenüber der Volksrepublik China. Diese Konstellation spricht derzeit sowohl in Taipei als auch in Peking und Washington gegen einen grundsätzlichen Kurswechsel. Sie ist allerdings in dem Maße labil, in dem bei einer Verschärfung der sozioökonomischen Lage in der Volksrepublik China auch dort der Stellenwert von Nationalismus zunimmt.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364